



**Bildung, Gerechtigkeit,
Familien und Arbeit:**

**Wir stärken den sozialen
Zusammenhalt.**

**Eckpunkte für eine politische Schwerpunktsetzung
im Landeshaushalt 2013/2014**

Hessen steht 2013 vor einer Richtungsentscheidung. Der Entwurf eines Doppelhaushalts 1013/2014 ist ein intransparentes Dokument, das nur noch dazu dient, den Bankrott schwarz-gelber Klientelpolitik zu verdecken. Zukunftsaufgaben bei Bildung, Arbeit und Familie werden nicht angegangen. Damit wird die starke Stellung Hessens weiter riskiert. Das Land lebt von der Substanz, Chancen für die Zukunftsfähigkeit bleiben ungenutzt. Statt alle Kräfte auf die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und damit die Teilhabe aller Menschen am Wohlstand auszurichten, herrscht Stillstand. Der Doppelhaushalt 2013/2014 ist nicht reparierbar im Sinne einer Politik für eine gute Zukunft des Landes. Daher werden wir den Entwurf ablehnen. Alternativen zum Kurs der schwarz-gelben Landesregierung, der die Zukunftsoption des Landes verschlechtert, werden wir trotzdem einbringen.

Mit einer Regierungsübernahme im Jahr 2014 durch eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird daher in einem ersten Schritt ein ehrlicher Kassensturz des Landeshaushalts vorgenommen werden müssen.

Mit den Änderungsanträgen für den Haushaltsentwurf 2013/14 macht die sozialdemokratische Fraktion im Hessischen Landtag deutlich, eine andere Politik ist möglich. Soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit, eine zukunftsfähige Energiewende, ein liberales Hessen und starke Städte und Gemeinden sind unsere Ziele, deren Realisierung auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen möglich ist. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts ist dabei unsere Leitidee bei der Gestaltung.

- Gute Bildung und Ausbildung für Alle zu ermöglichen ist Kernaufgabe jeder Landesregierung. Mit unserem „Haus der Bildung“ und den Maßnahmen für unsere Hochschulen tragen wir dazu bei, Chancengleichheit, eine gute Bildung und eine angemessene Förderung von Ganztagschulen Schritt für Schritt auch in Hessen zu verwirklichen.
- Familie und soziale Gerechtigkeit gewinnen in unserer zunehmend gespaltenen Gesellschaft eine immer mehr an Bedeutung. Durch unsere Vorschläge mit einem Volumen von über 230 Mio. Euro (u.a. durch die Nicht-Einführung des Betreuungsgeldes und Umleitung der entsprechenden Mittel)

treten wir für eine Politik ein, die den sozialen Ausgleich fördert, den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt und die Träger der sozialen Infrastruktur stärkt.

- Die Energiewende wird bis heute von CDU und FDP im Bund und in Hessen blockiert. Wir wollen sie erfolgreich umsetzen, daher stellen wir mit unseren Anträgen für 2013/14 insgesamt mehr als 120 Mio. Euro zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie zur Schaffung der Grundlagen für den Ausbau der dezentralen Erneuerbaren Energien zur Verfügung.
- Mit unserem Infrastrukturprogramm schaffen wir Arbeit und die Voraussetzungen für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Dafür wollen wir insgesamt 150 Mio. Euro für Investitionen in die Infrastruktur bereitstellen.
- Hessen ist immer ein weltoffenes und liberales Land gewesen. Mit unseren Vorschlägen sorgen wir dafür, dass öffentliche Sicherheit und Bürgergesellschaft sich nicht gegenüber stehen, sondern nebeneinander bestehen können.
- Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung durch eine verlässliche Finanzierung unserer Kommunen, indem wir die Kürzung im Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 344 Mio. Euro kompensieren.

Wir zeigen mit unseren Änderungsanträgen, dass Sparen und der effektive Einsatz von Mittel möglich ist. Wir machen aber auch deutlich, dass wichtige Bereiche für die das Land Verantwortung trägt eine bessere finanzielle Ausstattung benötigen.

Sinnvolles Sparen ist nötig und durch diese Landesregierung nicht mehr zu erwarten. Die SPD schlägt daher vor, insbesondere bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (diese reichen von Öffentlichkeits- über Repräsentationskosten, EDV und Neue Verwaltungssteuerung bis hin zu Geschäftsbedarf und den Kosten für die Bewirtschaftung von Grundstücken) und bei den Personalkosten in den Ministerien und der allgemeinen Verwaltung Sparanstrengungen zu unternehmen. Alleine damit könnten rund 100 Millionen Euro gespart werden. Zudem schlägt die SPD Umschichtungen vor, um z.B. im

Bildungsbereich mehr Chancengleichheit, mehr individuelle Förderung und besseren Bildungserfolg zu garantieren.

Die SPD macht aber auch deutlich, dass durch eine neue Bundesregierung unter Führung der SPD neue Einnahmen generiert werden können. Alleine die Einführung des Mindestlohns bringt für Hessen Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer von 120 Millionen Euro, davon würden auch die Kommunen mit rund 25 Millionen Euro über den Steuerverbund und in gleicher Höhe auch über eingesparte Sozialleistungen profitieren. Ein Mindestlohn wäre gut für die betroffenen Arbeitnehmer, aber auch für die öffentlichen Kassen. Zudem könnte eine verfassungsfeste Erbschaftssteuer, die Privilegien abbaut, zusätzliche Mittel in Höhe von 20 Mio. Euro erbringen.

Hessen braucht endlich neuen Schwung und neue Ideen, um sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit, eine gute Umwelt, aber auch intakte Infrastruktur, wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand zu erreichen.

CDU und FDP haben in Deutschland und in Hessen über Jahrzehnte hinweg einem ausgezehnten Staat das Wort geredet, Steuergeschenke für Lobbygruppen durchgesetzt, Steuererhöhungen für Reiche und Hochverdiener abgelehnt, Privatisierungen gefördert, staatliche Verantwortung eingeschränkt und staatliches Handeln geschwächt. Im Ergebnis ist dadurch der Spalt zwischen Arm und Reich immer größer geworden, zudem können viele notwendige staatliche Aufgaben und Leistungen nicht oder nur unzureichend erledigt werden.

Zentrale Bereiche, die einer staatlichen Finanzierung bedürfen, sind seit Jahren unterfinanziert. Dies reicht über den Bildungsbereich, die Kinderbetreuung, notwendige Erhaltungsinvestitionen für Bauten und Infrastruktureinrichtungen bis hin zur Energiewende. Bildungsforscher gehen davon aus, dass z.B. für Kleinkinder mehr als 200.000 Betreuungsplätze bundesweit fehlen, das gemeinsame Ziel von Bund und Ländern, den Anteil der Bildungsausgaben bis 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukt zu steigern, ist in weite Ferne gerückt. Auch die dezentrale Energiewende ist mit etwa 1,5 bis 2,0 Mrd. Euro pro Jahr in Deutschland strukturell unterfinanziert. Viele Städte und Gemeinden, auch in Hessen, sind bereits heute an

der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit angekommen, wobei in Hessen insbesondere der zusätzliche Griff der hessischen Landesregierung in die Kommunalkasse in Höhe von 344 Mio. Euro eine unzumutbare Belastung darstellt; der löchrige und insgesamt auch viel zu kleine Schutzknirps ist angesichts dieser Tatsache und der erheblichen Verschuldung der hessischen Kommunen vollkommen unzureichend. Auch im Bereich seiner öffentlichen Investitionen leben Deutschland und das Land Hessen bereits seit Jahren von der Substanz.

Es ist deshalb auch nur ein Gebot der Gerechtigkeit, im Bund und auch in Hessen die hohen Vermögen und hohen Einkommen zukünftig angemessener an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben zu beteiligen. Die SPD hat auf Bundesebene mit ihren Beschlüssen zu Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Erbschaftssteuer und der Vermögensteuer dargelegt, wie sie eine höhere Steuergerechtigkeit herstellen möchte. Insgesamt ergeben sich durch diese Vorschläge 37 Mrd. Euro Mehreinnahmen bei Bund, Ländern und Kommunen sowie ein Spielraum von weiteren 14 Mrd. Euro durch den ebenfalls notwendigen Subventionsabbau. Den hessischen Kommunen würden durch diese Maßnahmen pro Jahr rund 300-400 Mio. Euro zusätzlich zufließen, das Land Hessen würde mit ca. 950 Mio. Euro pro Jahr profitieren. Diese Einnahmen können durch eine SPD geführte Bundesregierung in den nächsten Jahren erschlossen werden und diese Einnahmen sind aus Gründen der Gerechtigkeit aber auch der notwendigen Finanzierung öffentlicher Aufgaben notwendig.

Rahmendaten und Grundsätze 2012

1. EINSPARUNGEN/UMSCHICHTUNGEN		
Position	Summe in Mio. € (2013)	Summe in Mio. € (2014)
Einsparungen		
Sächliche Verwaltung	-68	-68
Zinsen	-22	-12
Zinsmanagement	-5	-5
Immobilienmanagement	-5	-5
Rückführung Personalaufstockung RP's	-5	-5
Personalbesetzungssperre Ministerien	-5	-5
Personalbesetzungssperre allg. Verwaltung (1%) (Ohne Lehrer Steuerverwaltung, Polizei, Justizvollzug, Richter, Ganztagschulen, Rechnungshof, Landtag)	-13	-13
Auflösung Zukunftsfonds	-103,77	-121,86
HessenAgentur	-5,87	-5,87
Familienkarte	-0,6	-0,6
Betreuungsgutscheine	-0,3	-0,3
Qualifizierte Schulvorbereitung	-5	-5
Refinanzierung BEP aus Zweckbindung	-4,375	-4,375
Refinanzierung Schulsozialarbeit aus Zweckbindung	-2,1	-7,1
Umschichtung Sozialpädagogen f. Schuleingangsstufe	-1,3	-4,4
5*100 Grundschulen zu Ganztagschulen, proportionale Rückführung der Betreuungsmittel	-0,27	-0,93
Umschichtung Grundschullehrkräfte aus Vorlaufkursen	-5,4	-18,4
Anrechnung aus System Ganztagschule	-0,98	-3,3
Umschichtung aus Förderschulen durch verstärkte Inklusion an Hessens Schulen	-15	-30
Osterferien camps	-1	-1
Hansenberg	-1,375	-1,375
Umschichtung Schülerrückgang zur Aufgabenerfüllung	-7,6	-27,3
Wegfall Schulinspektion	-5,7	-5,7
Reduzierung Erfolgsbudget	-35	-70
Summe	-318,64	-420,51

2. EINNAHMEN		
Einführung Mindestlohn [1]	0,00	95,00
Revision Erbschaftssteuer [2]	0,00	20,00
IT-Stelle Justiz	8,14	8,14
Ausweitung LKW-Maut	0,00	150,00
Betreuungsgeld	0,00	128,00
Einnahmen aus Windkraftanlagenverpachtung Forst	6,00	12,00
Steuerfahndung/Betriebsprüfer	10,00	20,00
Wassercent	80,00	80,00
Rückzahlung Rhönklinikum aus Investitionsverpflichtung	107,00	0,00
Summe	211,14	513,14
Summe 1. und 2. (für politische Gestaltung)	529,78	933,65

[1] -25 Mio. €, die an die Kommunen direkt gehen, ist im KFA-Ansatz zu berücksichtigen. Zusätzlich werden Entlastungen für die Kommunen im
[2] -6 Mio. €, die an die Kommunen direkt gehen, ist im KFA-Ansatz zu berücksichtigen

3. AUSGABEN		
Bildungsgerechtigkeit	168,8	325,4
Gute Arbeit und Ausbildung	12,5	11,7
Familien und sozialen Zusammenhalt stärken	55	183
Energiewende	60,3	60,3
Liberales Hessen	5,29	5,29
Straßenbau (Finanzierung durch Ausweitung Maut)	0	150
Starke Städte und Gemeinden	227,6	196,4
Summe	529,49	932,09

Schwerpunkt/Einzelplan	Vorhaben	Summe in Mio. € (2013)	Summe in Mio. € (2014)
Bildungsgerechtigkeit			
EP 04	Fortbildung BEP	0,5	0,5
	Koop Kita/Grundschule im EP 04	7,4	7,4
	Koop Kita/Grundschule im KFA	4,4	4,4
	Schulsozialarbeit ausbauen	2,1	7,1
	Sozialpäd. Für Schuleingangsstufe	8,9	30,1
	5*100 Grundschulen zu Ganztagschulen	4,3	14,8
	Haus der Bildung	5,9	20
	Lehrerbildung	1,2	2,9
	Weiterbildung	1	1
	Selbstverantwortung stärken	2,5	5,9
	Inklusion	22,5	46
EP 15	Studentenwerke	1,5	2,1
	Steigerung Grundbudget	35	70
	Hochschulbaumassnahmen	15	20
	Forschungsinstitute	11,6	13,2
	Notprogramm Hochschule	15	30
	Bildung einer Rücklage "Hochschulmedizin Mittelhessen"	30	50
Zwischensumme		168,8	325,4
Familien und sozialer Zusammenhalt stärken			
EP 08	Kinderbetreuung	25	153
	Sozialbudget	30	30
Zwischensumme		55	183
Gute Arbeit & Ausbildung			
EP 01	Umwandlung Leiharbeit in reguläre Beschäftigung (Pforte, Saalordner, Reinigung etc.)	0	0
EP 07	Future Capital	1	1
	Erstausbildung	0,9	0,1
	HessenGlobal	0,1	0,1
	Integrierte Verkehrssysteme	5	5
EP 15	Technologietransfer	4	4
EP 15	Filmland	1,5	1,5
Zwischensumme		12,5	11,7
Energiewende			
EP 09	Verbraucher-/Tierschutz	0,3	0,3
	Energie-Konjunktur-Gesetz	40	40
	Maßnahmen Zukunftsfonds	20	20
Zwischensumme		60,3	60,3
Liberales Hessen			
EP 15	HessenKunst	2,6	2,6
EP 03	Netzwerk gegen Gewalt	0,15	0,15
	Polizeianwärter/innen (Anhebung auf 550 Stellen)	0	0
	Prävention Rechtsextremismus	0,1	0,1
	Netzwerk für Demokratie und Cour	0,08	0,08
EP 05	Opferentschädigung	0,5	0,5
	Vollzugsanstalten	1,5	1,5
	Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften	0,36	0,36
Zwischensumme		5,29	5,29
Starke Städte und Gemeinden			
	Dorferneuerung	0,6	0,4
	KFA (3)	222	191
	Förderung Trink- und Abwasseranlagen	5	5
Zwischensumme		227,6	196,4

(3) Mittel müssen um 25 Mio. € Mindestlohnanteil sowie 6 Mio. € aus Erbschaftssteuer bei den Kommunen als erhöhte Einnahme angesetzt werden. Angerechnet werde die Mittel aus dem Schutzschirm in Höhe von 122 Mio. €